

# Auer Tageblatt

Veröffentlichung des Auer-Tageblatts  
und der Anzeigenblätter  
anlässlich des 100. Jahrestages  
des Reiches. - Schriftlich  
verpflichtet. - Nummer 11. 23.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Auer-Tageblatts  
und der Anzeigenblätter  
anlässlich des 100. Jahrestages  
des Reiches. - Schriftlich  
verpflichtet. - Nummer 11. 23.

Telegramm: Cagobill Auergebirge. Enthaltend die amtliche Bekanntmachung des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 44

Donnerstag, den 21. Februar 1924

19. Jahrgang

### Der Schlussbericht der Sachverständigen.

Der „Chicago Tribune“ legt den Schlussbericht des Komitees Dawes in seinen Grundzügen nimmend vor. Er wurde Poincaré von dem französischen Delegierten Parmentier mitgeteilt. Der Bericht sieht die wirtschaftliche Klärung des Ruhrgebietes und eine rein kaufmännische Lösung des Reparationsproblems vor. Poincaré soll sich grundsätzlich mit den Schlussfolgerungen des Berichts einverstanden erklärt haben. Im einzelnen haben die Sachverständigen folgende Grundsätze und Gedankengänge in ihrem Bericht entwickelt:

1. Bericht auf die Kontrolle der Eisenbahnen im Ruhr- und Rheingebiet im Austausch mit einem allgemeinen Pfandrecht auf die deutschen Eisenbahnen. „Welt Journal“ meint, daß sämtliche deutsche Eisenbahnen von einer internationalen Gesellschaft in Betrieb genommen werden sollten. Diese Übernahme werde die Garantie für eine internationale Anleihe bilden.

2. Einrichtung einer Emissionsbank mit einem Kapital von 300 Millionen Goldmark. Der Sitz dieser Bank soll ins neutrale Ausland verlegt werden. Ihre Direktoren sollen aus den Finanzpersönlichkeiten irgendeines neutralen Landes erwählt werden.

3. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands wird der Fortfall der verschiedenen französisch-belgischen Dienststellen, so insbesondere der Wiscum verlangt. „Welt Journal“ glaubt, daß die Sachverständigen die Aufhebung der Zollschranken am Rhein vorschlagen hätten.

4. Die Sachverständigen haben sich auf besonderen Wunsch der französischen Regierung damit einverstanden erklärt, daß Deutschland nur ein zweijähriges und nicht wie ursprünglich beabsichtigt, ein dreijähriges Moratorium zugesprochen werde. („Welt Journal“ schreibt von einem zwei- bis dreijährigen Moratorium.) Das Berliner Blatt setzt weiter mit, daß Poincaré im wesentlichen mit diesen Vorschlägen der Sachverständigen einverstanden sei.

Das Arbeitsprogramm der Sachverständigen. In der Unterkommission für Bankfragen hat Reichsbankpräsident Dr. Schacht seine Vorlesungen beendet. Er wird vielleicht in der nächsten Woche wieder nach Paris kommen. Der Untersuchungsausschuss für Budgetfragen hofft, morgen seine Schlussfolgerungen fortsetzen zu können über die Mittel, das Gleichgewicht des deutschen Budgets wiederherzustellen. Die Eisenbahnsachverständigen werden am Donnerstagabend ihren Bericht über die Garantien, die die Einkünfte der Reichsbahn bieten könnten, fertig haben. Die technischen Sachverständigen werden zum letzten Male am Sonnabend vormittag gehört werden. Der zweite Sachverständigenausschuss hat vorgestern nachmittag die Prüfung des Berichts der Wärsachverständigen über die deutsche Kapitalflucht fortgesetzt.

Die provisorische Goldnotenbank Dr. Schachts. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat neue Einzelheiten über die Gründung einer provisorischen Goldnotenbank mitgeteilt. Zur Gründung dieser Bank beabsichtigen die Sachverständigen ihm völlig freie Hand zu lassen unter der Bedingung, daß sie später in die endgültige Goldnotenbank aufgehen. Dr. Schacht hat in diesem Sinne bestimmte Zusicherungen gegeben, die von den Sachverständigen als ausreichend angesehen werden. Das Komitee steht auf dem Standpunkt, daß die Angelegenheit der provisorischen Goldnotenbank lediglich den Reichsbankpräsidenten und die deutsche Regierung angehe. Das Komitee könne daher dem Plane Schacht seine Zustimmung weder erteilen noch verweigern.

Englisches Abschwenken in der Anleihefrage. Keine Finanzhilfe für Deutschland möglich? In der Entwicklung der Reparationsfrage ist eine interessante Wendung zu verzeichnen. Wie der „Daily Telegraph“ der von der französischen Regierung beauftragt. sich nie durch Deutschfreundlichkeit ausgezeichnet hat, mittelst, fand Ende voriger Woche zwischen den englischen Mitgliedern der Finanzkommission und den sachverständigen Londoner Regierungskreisen eine unerbittliche Wepredung statt. Da auch Bradbury und Schacht zu der gleichen Zeit in London anwesend waren, scheinen diese Verhandlungen einen ziemlich erschöpfenden Umfang angenommen zu haben. Ihr Ergebnis ist, dem genannten Blatte zufolge, wenig hoffnungsvoll. Der „Daily Telegraph“ deutet an, daß nicht nur zwischen den Sachverständigen ernste Differenzen zu erwarten seien, sondern auch Schwierigkeiten seitens der Pariser Regierung.

Andererseits gibt auch die Haltung der englischen Regierung nur zu sehr geringen Hoffnungen Anlaß. Die offiziellen Reden machen jetzt plötzlich die Entscheidung, daß die englische Wirtschaft kaum die nötigen Mittel für eine internationale Anleihe aufbringen könne.

na. Tatsächlich waren jedoch alle unterrichteten Kreise bereits seit Monaten über diesen Punkt vollkommen einig. Nachdem die Anleihegerichte und Hoffnungen auf eine englisch-amerikanische Finanzhilfe noch Ende vorigen Jahres in Deutschland eine so große Rolle gespielt hatten, ist es interessant, jetzt ein Abschwenken Londons zu beobachten.

An die Adresse Schachts knüpften sich in London und wie ein Pariser „Times“-Bericht zeigt, auch in Paris jetzt ungünstige Kommentare über die Rentenmark. Um den betreffenden zuständigen Auslandsstellen die Notwendigkeit einer Goldwährung in Deutschland zu beweisen, scheint Schacht in seinen Darlegungen über die Finanzlage des Reiches etwas zu weit gegangen zu sein. Der „Daily Telegraph“ nennt die bisherige Stabilität der Rentenmark ein geheimnisvolles Wunder, das nicht lange dauern könne, und wendet sich zugleich gegen eine Erneuerung der Währungsverträge. Weder die englische noch die amerikanische Industrie könnten gegenüber einer direkten deutsch-französischen Wirtschaftseinkunft gleichgültig bleiben. Es versteht sich von selbst, daß derartige leere Drohungen nur von der Konkurrenz Lurcht herantastet sind.

#### Optimismus Dr. Schachts.

Auf der in Frankfurt am Main stattgefundenen ordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes mitteldeutscher Industrieller hielt auch der Geheimrat Dr. Schacht das geschäftsführende Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, einen Vortrag, in dem er über die Ergebnisse der Pariser Sachverständigenkonferenz und die Reparationsfrage u. a. ausführte. Er sagte, daß nur ein Staat der Welt im Golde schwimme, Amerika, das schon anfangs, an einer Goldinflation zu leiden. Das sei auch letzten Endes der Grund für die Reise der amerikanischen Sachverständigen nach Europa und Deutschland gewesen, die auch drücken sollten, ob hier Abwägungsmöglichkeiten geschaffen werden könnten. Er persönlich sei der Ansicht, daß es für Deutschland gar nichts anderes gebe, als ihre Vorschläge anzunehmen. Wir könnten das um so mehr tun, als nicht Volkstümlich, sondern Wirtschaftler unter der ausdrücklichen Unabhängigkeit von der Politik die Prüfung vorgenommen haben. Wie wir über die Monate hinwegkommen, die zwischen Fertigstellung und Einberufung der Reparationskonferenz liegen und wo inzwischen die deutsche Wirtschaft Geld herbekomme, das seien Kernfragen. Trotzdem dürfe man über die weitere Zukunft Deutschlands optimistisch denken.

#### Verkehrshörungen in der englischen Zone befeitigt.

Reuter meldet: Die in London eingetroffenen Berichte belegen, daß die neue Übereinkunft zwischen der britischen und der französischen Regierung sowie den deutschen Eisenbahnbehörden den Verkehr in der britischen besetzten Zone bereits glatt arbeitet.

#### Amerika gegen eine Flottenabrüstungskonferenz.

Einer Reutermeldung aus Washington zufolge erklärt Staatssekretär Hughes in einem Schreiben an das Mitglied des Repräsentantenhauses Fish, es sei im Augenblick nicht möglich, eine internationale Konferenz zur Erwidmung der weiteren Einschränkung der Seerüstungen einzuberufen. Das Schreiben stellt eine Entwidmung auf das Ersuchen Fishs dar, die Regierung möge zu der von ihm beabsichtigten Entschließung Stellung nehmen. In der Präsidenten Coolidge aufgefördert wird, Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland einzuladen an einer Konferenz in Washington teilzunehmen, um die besten Mittel zur Erzielung des Weltfriedens auf der Grundlage der Gerechtigkeit des Zusammenwirkens und der Versöhnung zu erörtern. Staatssekretär Hughes erklärt:

„Sowohl leichte Kreuzer, Unterseeboote und Luftfahrzeuge in Betracht kommen, ist die Stellung Amerikas dieselbe, wie auf der Washingtoner Konferenz, und die Schwierigkeiten zur Erzielung eines Übereinkommens sind noch nicht beseitigt worden. Auf der Washingtoner Konferenz werde ein Übereinkommen erzielt über die Frage; aber eine Signatarmacht (Frankreich, — Red.) hat den Vertrag noch nicht ratifiziert, und es ist daher unmöglich gewesen, ihn in Kraft zu setzen. Die Vereinigten Staaten haben ihre Landstreitkräfte bis zum weitest durchführbaren Maße herabgesetzt. Die Frage der Beschränkung der Landrüstungen ist seit mehreren Jahren im Völkerbund in Erwägung gezogen worden, und wie bekannt, ist vor kurzem ein Vertrag zur gegenseitigen Unterstützung vorgeschlagen worden, um die Schwierigkeiten, auf die man gestoßen ist, zu überwinden.“

Hughes äußert sich in dem Schreiben nicht über die Aussichten eines solchen Vertrages. Er erklärt, ohne zu versuchen, ein Urteil über diesen Plan auszusprechen:

Es ist ernstlich zu hoffen, daß in nicht entfernter Zeit die europäischen Mächte es vorteilhaft finden werden, in großem Maße ihre Landheere herabzusetzen und zu beschränken.“

Man vergleiche man einmal in aller Ruhe die englischen Rüstungen der Luftwaffe, die französische Riesensarmee zu Lande und in der Luft. Quodlibet Erklärung, daß die amerikanische Flotte nicht herabgesetzt werden könne — und dem setze man gegenüber den frommen Wunsch, einen „Weltfrieden auf der Grundlage der Gerechtigkeit“ schaffen zu wollen. Weltfrieden ist eine ganz schöne Sache. Aber so wie die Großmächte jetzt rüsten, haben sie sich noch nie — auf den Weltfrieden vorbereitet.

#### Englische Luftflottenausbaudebatte.

Im Unterhaus brachte der frühere Luftfahrtminister Sir Samuel Hoare die angeforderte Resolution ein. Die besagt: das Unterhaus habe den ersten Wunsch, daß die militärischen Rüstungen soweit eingeschränkt werden, wie es mit der Sicherheit und Unverletzlichkeit des britischen Reiches sich vertrage. Es trete jedoch grundsätzlich dafür ein, daß Großbritannien eine Luftflotte zum Schutze der Heimat besitzen müsse, die stark genug sei, um angemessenen Schutz für Luftangriffe durch die stärkste Luftmacht innerhalb der Reichweite der britischen Küste (Frankreich, — Red.) zu gewährleisten. Hoare begründete den von ihm eingebrachten Antrag: England habe jetzt etwa 80 Frontmaschinen, die endgültig für den Heimatschutz bestimmt seien. Wenn man diese Zahl mit den entsprechenden Zahlen in Frankreich vergleiche, so sehe man, daß im gegenwärtigen Augenblick in Frankreich etwa 1000 Frontflugzeuge vorhanden seien. Von diesen seien etwa 600 in die französische „unabhängige Schiffsflotte“ eingesetzt. Außerdem seien in Frankreich ungefähr weitere 400 Flugzeuge dem französischen Heere zugeteilt. Allgemein gesprochen befänden sich in Frankreich im gegenwärtigen Augenblick etwa 1000 Frontmaschinen gegen wenig mehr als 100 Maschinen in England. Hoare erklärte unter dem Beifall der Opposition, jedes Mitglied des Hauses werde zustimmen, daß dies eine bedenkliche Ungleichheit sei. 800 Flugzeuge könnten 170 Tonnen Bomben auf London werfen, nicht im Laufe eines Monats, sondern im Laufe von 24 Stunden, und ein Bombenangriff von 75 Tonnen täglich könne für einen unbeschränkten Zeitraum aufrechterhalten werden.

Der Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium Beach erklärte, der Ausbau der Luftflotte werde fortgesetzt werden in der Weise, wie ihn die letzte Regierung vorgeschlagen habe. Doch werde die neue Regierung jede Bewegung zugunsten der Verminderung der Rüstungen sich zumutemachen. Beach erklärte noch, die Nationen, die sich am meisten vorbereitet hätten, bekämen die meisten Kriege. (Rufe: „Nein!“ bei der Opposition.) Bereitschaft sei nicht die beste Waffe in der Diplomatie die beste Waffe sei eine gerechte Sache.

(Woh! Das haben wir Deutschen zu erfahren bekommen! Red.)

#### Kleine politische Meldungen

Zur Beamtenurlaubsfrage. Die vom Reichsministerium des Innern geführten Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten über die Kürzung des Urlaubs der Beamten sind dem „Berliner Tageblatt“ zufolge einstweilen vertagt worden, da die Beamtenvertreter genaue Angaben zu haben wünschten, was für effektive Ersparnisse der geplante Urlaubsstreich zeitigen würde.

Wählerlisten am 23. März auslagert. Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen durch Rundschreiben aufgefordert, die Gemeinden anzuweisen, mit der Vorbereitung der Wählerlisten für die Reichstagswahlen sofort zu beginnen und die Arbeiten so zu beschleunigen, daß die Listen am 23. März auslagertfertig sind, da immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß die Neuwahlen noch vor Ablauf der Legislaturperiode stattfinden.

Tagung des Reichseisenbahnrates. Der künftige Ausschuss des Reichseisenbahnrates trat auf Einladung des Reichsverkehrsministeriums am Mittwoch zur Beratung von Vorschlägen der Verwaltung auf dem Gebiet des Tarifwesens zusammen. Nach Eröffnung der Sitzung ergriff der Reichsverkehrsminister Döber zu ausführlichen Darlegungen über die äußere und innere Lage der Reichsbahn das Wort. In den in letzter Zeit mehrfach aufgetauchten Nachrichten über eine Internationalisierung der deutschen Reichsbahn wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Der heute versammelte ständige Ausschuss des Reichseisenbahnrates erblickt in einer Internationalisierung der Reichsbahn, ihrer praktischen Auswirkung nach eine Gefährdung der Tarifhoheit des Reiches und damit eine Schwächung der Reichsbahn als Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Er spricht die Erwartung aus, daß die Reichsregierung die Gefahr einer Auslieferung der Bahn an fremden Einfluß mit allem Nachdruck abwenden wird.“